



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Antrag der Fraktionen CDU & Hagen Aktiv
Sachstandsbericht Streetworker an der Bohne

Beratungsfolge:

19.08.2020 Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

siehe Anlage

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind ggf. betroffen

Kurzerläuterung:

siehe Anlage



Die Fraktionen

CDU & Hagen Aktiv

Ratsfraktionen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden
Detlef Reinke
- im Hause

Dokument: 2020_08_19_gemjha-
antrag\$6_streetworker_bohne.d
ocx

10.08.2020

Antrag für die Sitzung des JHA am 03.03.2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Reinke,

gemäß § 6 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 7. Nachtrages vom 21. April 2020 beantragen wir für die Sitzung des JHA am 19.08.2020 die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes:

Sachstandsbericht Streetworker an der Bohne

Bericht der Verwaltung

- Strategie und Maßnahmen zur Verlagerung der Trinkerszene

Antrag:

Die Antragsteller beabsichtigen auf Basis des Berichts einen Sachantrag nach § 16 der GeschO des Rates zu stellen.

Begründung:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 18.12.2018 mit 38 zu 21 Stimmen beschlossen:

1. *Es werden zwei Streetworker-Stellen geschaffen, die für die „Szenen“ der Alkoholabhängigen und Substituierten, die sich zur Zeit unter anderem an der Bohne aufhalten, zuständig und mit diesen im Gespräch sind. Neben anderer notwendiger/gewünschter Unterstützung erarbeiten diese Streetworker gemeinsam mit den betroffenen Menschen nach dem Beispiel des Leopoldplatzes in Berlin ein Konzept zum Aufenthaltsort und zu den dort geltenden Regeln. Hierbei werden auch andere Aufenthaltsorte als direkt am Pumptrack Bohne in Betracht gezogen. Über die erzielten Ergebnisse wird der Jugendhilfeausschuss nach Beschäftigungsaufnahme der Streetworker, frühestens nach vier Monaten, spätestens nach sechs Monaten informiert und entscheidet dann über die Spielplatzsatzung.*
2. *Die Einrichtung von zwei Planstellen für Streetworker zeitnah zu realisieren. Hierbei sind auch Möglichkeiten aufsuchender Ansprache der Trinkerszenen zu nutzen.*
3. *Die Fachbereiche Jugend und Soziales sowie Gesundheit und Verbraucherschutz entwickeln eine Vorlage zur Realisierung der Substitutionsambulanz mit der Kath. Krankenhaus Hagen gem. GmbH. Dabei sind die Möglichkeiten der räumlichen Unterbringung, der Kooperation*

und der Einbindung in das bestehende Hilfesystem zu beschreiben. Weiterhin sucht die Verwaltung das Gespräch mit dem Substitutionsarzt. Ziel soll sein, die aktuelle Situation im Umkreis der Ausgabestelle, z. B. durch Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten und die Öffnung der vorhandenen Toiletten seiner Praxisräume, zu verbessern.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 03.03.2020 intensiv über die Umsetzung des Ratsbeschlusses diskutiert.

Dabei haben Sie darauf hingewiesen, „dass das Ziel des Jugendhilfeausschusses gewesen sei, den Platz an der Bohne und den Bodelschwinghplatz als Spielplatzfläche auszuweisen“. Dieser sollte „mit einem entsprechenden Alkoholverbot“ versehen werden, das auch durchgesetzt wird. Sie erläuterten, dass es Aufgabe der Streetworker sein sollte, „zunächst den Kontakt zu den Menschen herzustellen und dann zu versuchen, einen anderen Aufenthaltsort für sie zu finden.“ Im Vordergrund stünde das Wohl von Kindern und Jugendlichen.

Die im Ratsbeschluss genannten Streetworkerinnen haben ihre Arbeit zum 01.07.2019 aufgenommen. Erste mündliche Berichte gingen dem Sozialausschuss im Januar 2020 und dem Jugendhilfeausschuss im März 2020 zu. Schon aus den damaligen Schilderungen wurde deutlich, dass die Streetworkerinnen auf Basis einer diffusen Auftragslage zum Einsatz kamen. Nicht bewusst war ihnen nämlich der Auftrag, für die (verschiedenen) Szenen jeweils andere Aufenthaltsbereiche zu finden. Dieser Eindruck korrespondiert mit der Aussage des Fachbereichsleiters 55, der im März 2020 verdeutlichte, „dass die Frage, mit welcher Strategie man vorgehen wolle, nicht abschließend geklärt worden sei.“

Seit dem letzten Bericht im JHA sind nun weitere fünf Monate vergangen. Aus diesem Grund halten wir es für erforderlich, einen aktuellen Sachstandsbericht zu erhalten. Dieser soll zeigen, welche strategische Weichenstellung mittlerweile vorgenommen wurde und dokumentieren, welche gemeinsamen Anstrengungen die Streetworkerinnen mit den Betroffenen unternommen haben, um einen geeigneteren Aufenthaltsort im Stadtteil oder im Stadtgebiet zu finden.

Mit der Bitte um weitere Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Marianne Cramer
CDU-Fraktionssprecherin

Jochen Löher
Fraktionssprecher Hagen Aktiv